

Rastanlage auf dem Prüfstand

Staffelbach/Stettfeld - Warum die bayerische Staatsregierung den Standort Staffelbach auf der Maintalautobahn (A70) vorrangig behandelt, ohne die Versorgungslücke zwischen Bamberg und Bayreuth in Angriff zu nehmen, waren zentrale Punkte eines Gesprächstermins im Bundesverkehrsministerium in Berlin.

Die Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner (SPD) aus Maroldsweisach und Landrat Rudolf Handwerker (CSU) „waren sehr zufrieden“, dass die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth einen Prüfauftrag erteilte, wie aus einer Mitteilung von Susanne Kastner hervorgeht. Gibt es eine Notwendigkeit für weitere bewirtschaftete Rastplätze auf der A70? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Gesprächs im Bundesverkehrsministerium, welches auf Vermittlung von Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner mit der Staatssekretärin Karin Roth und Landrat Rudolf Handwerker geführt wurde.

Videokonferenz

Über Videokonferenz waren auch die Experten der Task Force „Tank und Rast“ zugeschaltet, die Auskunft erteilen sollten über den Planungsstand. Da es die bayerische Staatsregierung laut Kastner „bisher jedoch versäumt hat, entsprechende Pläne beim Bund einzureichen“, musste ein Blick auf die Landkarte genügen. „Ein Blick reicht auch, um zu erkennen, dass auf der A70 zwischen Bamberg und Bayreuth eine eklatante Versorgungslücke besteht“, sagte Susanne Kastner. Warum auf einen Ausbau bei Staffelbach gedrängt werde, konnte hingegen nicht geklärt werden. Und es gibt bereits zwei Autohöfe, einen davon im nahen Knetzgau.

„Unstrittig ist, dass es für alle Lkw- und Pkw-Fahrer ein flächendeckendes Rastangebot geben muss“, betonte Karin Roth. Sie erteilte deshalb einen Prüfauftrag an die Task Force, die nächste Woche gemeinsam mit der Autobahndirektion die Notwendigkeit von bewirtschafteten Rastplätzen auf der A70 klären wird.

Gleichzeitig soll geprüft werden, ob die Erweiterung des vorhandenen Autohofs Knetzgau im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Bund und dem privaten Unternehmen durch Public Private Partnership eine Alternative darstellt. „Wir warten nun das Ergebnis des Prüfauftrages ab“, so Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner, die gemeinsam mit dem Haßberge-Landrat Rudolf Handwerker sehr zufrieden über den Verlauf des Gesprächs war, wie aus der Mitteilung Susanne Kastners weiterhin hervorgeht.

Quelle: Fränkischer Tag, 22.01.2009